

Felix Schulte hat einen steilen Weg vor sich. Er fährt zur Gemeinschaftsunterkunft „Oberer Aufstieg“ in Kronberg, weil er dort zwei körperlich beeinträchtigte Ukrainer abholen will, um sie mit seinem Auto zur Behandlung beim Physiotherapeuten zu fahren. Der Geschäftsführer der Fördergemeinschaft der Querschnittsgelähmten in Deutschland versucht neben seiner hauptberuflichen Aufgabe, den Bewohnern der Kronberger Unterkunft unter die Arme zu greifen – und das wortwörtlich. Denn in dem ehemaligen Schulungszentrum der Deutschen Bank im Wald oberhalb des Taunusorts, das zur Flüchtlingsunterkunft umfunktioniert wurde, leben seit einigen Monaten neben anderen Flüchtlingen rund zwei Dutzend schwerbehinderte Ukrainer, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, nicht zuletzt wegen der steilen Zufahrt.

Dort ist Larysa Krutyholova, die auf den Rollstuhl angewiesen ist, mit ihrem Mann Oleh und ihrem Sohn untergekommen. Das Paar kommt aus der kleinen Stadt Pryluky, etwa 150 Kilometer östlich der Hauptstadt Kiew, und wurde von Schulte und seinen Helfern zusammen mit weiteren Schwerbehinderten mit drei Kleinbussen und einem Kleinwagen abgeholt und in das Rhein-Main-Gebiet gebracht. Ihr inzwischen 18 Jahre alter Sohn Volodymyr kam vor zwei Monaten allein nach. Er gehört zu den wenigen, die sich mit gebrochenem Englisch verständigen können, und versucht so gut es geht, seiner Mutter beim Übersetzen zu helfen. Auf diesem Weg, aber auch mit Gesten, versuchen die Bewohner mitzuteilen, dass sie sehr dankbar für einen Platz in der Unterkunft sind. Dennoch stoßen die körperlich Schwerbehinderten, darunter Familie Krutyholova, immer wieder an ihre Grenzen.

Wie der Straßennamen „Oberer Aufstieg“ bereits ahnen lässt, befindet sich das Gebäude auf einem Berg, noch dazu einem äußerst steilen. Im Rollstuhl ist sowohl ein Auf- als auch ein Abstieg nicht möglich. Dabei richtete der für das Heim verantwortliche Hochtaunuskreis nach eigenen Angaben einen Fahrdienst ein, der die beeinträchtigten Flüchtlinge in die Stadt und wieder zurück bringen soll. Auch ein stufenlos zugängliches Beratungsbüro im Eingangsbereich gebe es, erwähnt die Sprecherin der Kreisverwaltung. Der für den Ort zuständige Caritasverband verdeutlicht, dass seien Übergangslösungen: „In einer individuellen Hilfeplanung müssen mittel- und längerfristige Lösungen gefunden werden.“ Dass die kaum behindertengerechte Unterbringung auf so engem Raum nur ein vorübergehender Notbehelf sein soll, scheint für die Ukrainer unverständlich, weil sich seit ihrer Ankunft nicht viel geändert hat, wie sie erzählen.

Eine rasche ärztliche Betreuung werde zum Beispiel dringend benötigt, beteuert Krutyholova. Um Hilfsmittel wie Elektrorollstühle, spezielle Toilettenstühle oder elektrisch verstellbare Betten beantragen zu dürfen, werde vom Staat eine vollständige Untersuchung mit Diagnose

Klais-Orgel soll saniert werden

BAD HOMBURG Die Stadtpfarrkirche St. Marien will die Klais-Orgel aus dem Jahr 1906 sanieren. Von den Kosten in Höhe von einer Million Euro sind etwa zwei Drittel schon beisammen, wie Landrat Ulrich Krebs (CDU) mitteilt, der auch Vorsitzender des Orgelausschusses der Pfarrei ist.

Zuletzt sei die Orgel vor 47 Jahren restauriert worden. Inzwischen ließen sich manche Pfeifen nicht mehr stimmen. Auch gelte es, das gesamte Orgelbauwerk zu erneuern, etwa die Elektrik. Orgelmusik gebe Menschen „ein Gefühl der Heimat, des Trostes und der Zuversicht“, äußert Pfarrer Werner Meuer. Zusammen mit dem Orgelausschuss hofft er jetzt auf Spenden, damit die Klais-Orgel nicht verstummt. Demnächst soll im Eingang der Kirche eine Orgelpfeife den jeweils aktuellen Spendenstand anzeigen. flf.

Radweg nach Burgholzhausen

FRIEDRICHSDORF Zwischen der Friedrichsdorfer Kernstadt und dem Stadtteil Burgholzhausen entsteht ein Geh- und Radweg. Das Land Hessen übernimmt mit knapp 210000 Euro einen Großteil der Kosten von insgesamt 361 000 Euro, wie das Verkehrsministerium mitteilt. Der Radweg soll 2,5 Meter breit werden. Als erster Abschnitt soll entlang der Färberstraße bei der Philipp-Reis-Schule ein 255 Meter langes Teilstück gebaut werden. Dort ist bisher nur auf einer Straßenseite ein Geh- und Radweg vorhanden.

Der neue Geh- und Radweg verbindet die Übergänge an den Kreisverkehr an der Cheshamer Straße und am Tulpenweg, wodurch ein Wechsel der Straßenseite nicht mehr nötig sein wird. Die Bauarbeiten sollen im Frühjahr beginnen und im Sommer abgeschlossen werden. höv.



Im Taunus angekommen: Larysa Krutyholova (links) und weitere Geflüchtete versuchen, nicht den Mut zu verlieren.

Foto Wonge Bergmann

Hanglage als Hindernis für Flüchtlinge

KRONBERG Ukrainer mit Schwerbehinderung leben in einer Gemeinschaftsunterkunft im Wald außerhalb von Kronberg. Die steile Zufahrt bleibt nicht die einzige Schwierigkeit für die Menschen im Rollstuhl.

Von Katharina Kleint

und Einstufung der Behinderung durch einen Spezialisten vorausgesetzt. Ohne diese Hilfsmittel, die sie in der Heimat zurücklassen mussten, gestaltet sich der Alltag äußerst schwierig, vor allem in einem Haus mit Doppelstockbetten und vielen Treppen, wie Volodymyr sagt. Eine Hürde stelle schon der nur schwer zu bekommende Termin beim Hausarzt dar, der wiederum für die Überweisung zum Neurologen erforderlich sei.

Die Sprachbarriere verschlimmere die Situation noch. Der Teenager erzählt, es gebe nur einen einzigen russischsprachigen Dolmetscher für die gesamte Unter-

kunft, in der Hunderte Flüchtlinge wohnen. Schulte bestätigt das und sagt ganz klar: „Es fehlen Übersetzer.“ Die Behörden und der Sozialdienst seien, besonders zu Beginn des Krieges, überfordert gewesen. Seitdem habe sich die Lage kaum verbessert.

So schmälert sich die Hoffnung der Schwerbehinderten und ihrer Familien auf einen schnellen Neuanfang mit jedem neuen Tag. Dass die deutsche Bürokratie ihre Zeit braucht und nicht alles sofort funktioniert, ist etwas Neues für sie. Die lange Wartezeit, ob es nun um die Einrichtung eines Arztzimmers in der Unter-

kunft oder um die Anmeldung bei einer Krankenversicherung gehe, treffe bei den Flüchtlingen auf Kopfschütteln, verdeutlicht Schulte und fügt hinzu: „Ihre Erwartungen an Deutschland sind auch sehr hoch.“ Dabei werden die Ukrainer wie anerkannte Geflüchtete behandelt und sind damit bessergestellt als Asylbewerber aus Syrien oder Afghanistan, haben sogar Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen. Theoretisch könnten sie die Unterkunft „Oberer Aufstieg“ verlassen und sich woanders eine Wohnung suchen. Praktisch ist auch diese Lösung mit einer langen Wartezeit verbunden – falls sich

überhaupt eine eigene Wohnung findet. „Aufgrund des schwierigen Wohnungsmarktes sind Gemeinschaftsunterkünfte derzeit leider unumgänglich“, erklärt der Caritasverband.

Die Situation der Flüchtlinge in Kronberg wird sich also nicht so schnell ändern, wie sie es sich wünschen. Viele sind ohnehin am Ende ihrer psychischen Belastbarkeit angelangt, und ihre Unzufriedenheit rührt auch her von generellen Sorgen und Ängsten, mit denen sie kämpfen. Zwar sind sie in Sicherheit, erleben aber durch Angehörige, die sich noch im Heimatland befinden, hautnah mit, was dort passiert. „Sie sind hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch zurückzukehren und der Erkenntnis, dass der Krieg dies wohl für einen längeren Zeitraum nicht zulassen wird“, erklären die Mitarbeiter der Caritas. Nach ihren Angaben wird „täglich daran gearbeitet“, auf die Bedürfnisse der Geflüchteten einzugehen und deren Lage zu verbessern.

Larysa Krutyholova möchte gerne in Deutschland bleiben und sich ein neues Leben aufbauen. Sie und weitere Bewohner der Unterkunft wünschen sich, mehr in die Gemeinde Kronberg integriert zu werden, weil ein Neuanfang sonst kaum möglich sei. Ein besserer Deutschunterricht wäre hilfreich, erklärt die Frau, um sich in Zukunft einwandfrei verständigen zu können. So bleibt die landschaftliche Barriere vorerst nicht die einzige Hürde im Leben der Ukrainer.

So schnarchen die Hessen

RHEIN-MAIN Umfrage zum Schlafverhalten

Der Blick ins Schlafzimmer ist eigentlich verpönt. Wenn Besuch kommt, steht die ganze Wohnung offen, aber das Schlafzimmer wird beim Rundgang meistens diskret ausgespart. Und auch von der Politik heißt es oft, sie habe im Schlafzimmer nichts verloren, etwa wenn sie Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung abhören will. Ein Hotelbetreiber hat aber einmal alle Scheu fallen lassen und die Menschen nach ihren Gewohnheiten im Schlafzimmer befragt. Das Ergebnis sei mit 4000 Teilnehmern repräsentativ, verkündet das Unternehmen Premier Inn, und lasse Schlüsse zu den einzelnen Bundesländern zu.

In Hessen schläft man offenbar wie auf Wolken gebettet. Zwischen Bad Karlshafen und Viernheim leben die besten Schläfer Deutschlands: Die Studie kommt nämlich zu dem Ergebnis, dass sich die Hessen nachts sehr gut erholen können. Nur 14 Prozent der Befragten erklären, ihnen fehle beim morgendlichen Aufstehen die Erholung. Das ist der niedrigste Wert im Vergleich der Bundesländer. Die meisten Morgenmuffel leben im Saarland: Dort erklären 34 Prozent, morgens nicht erholt zu sein.

Das mag damit zusammenhängen, dass sich die Hessen nachts nicht lange mit Sorgen plagen. Nur 15 Prozent der Befragten geben an, dass sie abends im Bett noch grübeln, der zweitniedrigste Wert in Deutschland. Nur die Niedersachsen grübeln noch etwas seltener. Wiedermum Schlusslicht: das Saarland. Dort liegen 26 Prozent der Befragten noch lange wach, bevor sie Schlaf finden. Ähnlich viele Grübler leben in Sachsen und Thüringen. Die Schwierigkeiten beim Einschlafen haben einen ersten Grund: Geldsorgen lassen die Menschen wach liegen. Die Probleme nehmen mit steigendem Einkommen ab, wie Premier Inn herausfand.

Vielleicht schlafen die Hessen aber auch deshalb so gut, weil der Partner sie zur Ruhe kommen lässt. Hessen schnarchen nämlich deutlich seltener als die meisten anderen Deutschen. In jedem vierten Paar-Schlafzimmer in Deutschland sorgt das laute Schnarchen eines der Partner für Streit. Besonders hoch ist dieser Wert mit 30 Prozent in Thüringen, gefolgt vom Saarland und Niedersachsen mit 29 Prozent sowie Sachsen und Sachsen-Anhalt mit 28 Prozent. In Hessen hingegen führt das Schnarchen nur in 18 Prozent der Paar-Übernachtungen in einem Zimmer zu Streit. Nur in der Hauptstadt wird noch weniger geschnarcht. rsch.

Kraftakt für Kreis und Kommunen

MAIN-KINZIG-KREIS Weitere Unterkünfte für die wachsende Zahl an Flüchtlingen

Der Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Thorsten Stolz (SPD), berichtet von neuen Flüchtlingsunterkünften, die der Kreis trotz aller Schwierigkeiten in Eigenregie schaffen wird. „Wir befinden uns in einer besonderen Situation, die besondere Maßnahmen erfordern, und zwar von allen politischen Ebenen“, so der Landrat. Gleichwohl bekräftigte Stolz die Forderung nach mehr Klarheit und finanzieller Unterstützung von Land und Bund bei der Unterbringung. Ende Oktober hatten er und die Kommunalpolitiker des Kreises in einem Brandbrief nach Wiesbaden und Berlin gemeldet, dass die Kapazitäten ausgeschöpft seien.

Es sei eine Verpflichtung sowohl gesetzlicher als auch humanitärer Art, Woche für Woche den bis zu 160 Neuankommenden Obdach und Versorgung zu bieten, so Stolz. Deshalb müssten auf kommunaler Ebene Unterbringungskapazitäten geschaffen werden. Der Ausbau und die Bereitstellung von Wohn- und Schlafstätten sei aber auch auf Landes- und Bundesebene erforderlich. Der Main-Kinzig-Kreis nehme mit Abstand die meisten Geflüchteten im Bundesland auf. Eine dringende Gesprächsanfrage über die Verteilungssystematik lasse die Landesregierung seit mittlerweile sieben Wochen unbeantwortet.

Die eigenen Unterbringungskapazitäten sollen nach den Worten von Stolz in den nächsten Wochen auch deshalb

erweitert werden, um Städten und Gemeinden einen größeren Puffer zu ermöglichen. So beschloss der Kreisausschuss den Kauf einer großen, leer stehenden Gewerbeliegenschaft in Bad Soden-Salmünster. Vom nächsten Frühjahr an soll sie als Notunterkunft für bis zu 150 Menschen dienen. Den Beschluss über den Kauf der Immobilie in Bad Soden-Salmünster muss der Kreistag in seiner Sitzung Anfang Dezember noch bestätigen. Von Februar an soll sie für die Erstunterbringung von Geflüchteten zur Verfügung stehen. In Arbeit sind den Angaben zufolge zudem die Planungen für eine Notunterkunft und eine Gemeinschaftseinrichtung in zwei Kommunen im Kreisgebiet; die genauen Standorte sind noch nicht benannt.

In den nächsten Wochen sollen Wohn- und Schlafplätze im Jugendzentrum Ronneburg, in einer neuen Leichtbauhalle an der Kreisrealschule Gelnhausen sowie in der Containeranlage in Freigericht-Altenmittlau belegt werden. Am Standort in Gelnhausen sind die Aufbauarbeiten der Leichtbauhalle und der angeschlossenen Versorgungszelte laut Stolz so gut wie abgeschlossen, sodass im Dezember die Belegung mit bis zu 150 Personen beginnen könne. Im Jugendzentrum Ronneburg werde der Main-Kinzig-Kreis schon von November an zwei Häuser als Zwischenunterkunft nutzen. In Freigericht beginne der

Aufbau der zweigeschossigen Wohncontaineranlage in der nächsten Woche. Der Main-Kinzig-Kreis geht von einer Erstbelegung im Januar aus. Bis zu 80 Menschen sollen dort eine dauerhafte Unterkunft finden.

Seit Jahresbeginn errichtete der Kreis zehn Gemeinschaftseinrichtungen, außerdem bestehen Notunterkünfte in den Turnhallen in Birstein, Langenselbold und Wächtersbach sowie in der Mehrzweckhalle in Hanau-Mittelbuchen. „Wenn sich die Lage in den nächsten Wochen oder Monaten etwas entspannen sollte, werden wir zum frühest vertretbaren Zeitpunkt den Rückbau der Hallen-Notunterkünfte fortsetzen und die Turnhallen wieder dem eigentlichen Zweck für Schul- und Vereinssport überführen“, verspricht Stolz.

Nach den Worten der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler (SPD) müssen die Kommunen in Kürze mehr als 100 Menschen pro Woche unterbringen. Das sei ein Kraftakt. Auch sie pocht in diesem Zusammenhang auf die Pflicht des Landes Hessen, stärker als bisher Platzkapazitäten auszubauen. Derzeit sei die Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen am Limit. Der Main-Kinzig-Kreis könne den Kommunen nicht sehr viel weiter als mit den nun auf den Weg gebrachten Einrichtungen entgegenkommen, da die Kapazitäten nicht weiter gesteigert werden könnten. lu.

Polizei fährt zunehmend elektrisch zum Einsatz

WIESBADEN Die hessische Polizei will zunehmend elektrisch unterwegs sein. Derzeit gebe es im Fuhrpark 90 reine E- oder Hybridfahrzeuge, teilte das Polizeipräsidium für Technik in Wiesbaden mit. 2023 sollen bis zu 50 weitere angeschafft werden. „Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Elektrofahrzeuge bereits in verschiedenen Bereichen der hessischen Polizei erfolgreich eingesetzt werden können“, sagte ein Sprecher. So hatten in den vergangenen sechs Monaten Beamte in Mittelhessen

und Frankfurt zwei E-Motorräder getestet. Derzeit erstellen die Präsidien in Frankfurt und Gießen die Erfahrungsberichte, die die Polizei dann auswertet. Die Ergebnisse des Tests sollen voraussichtlich bis spätestens Ende des Jahres vorliegen. Schon jetzt lasse sich aber sagen: Zu den grundsätzlichen Vorteilen der E-Motorräder gehörten neben dem emissionsfreien Antrieb unter anderem ihr geringeres Gewicht, höhere Fahrdynamik und die leiseren Fahrgeräusche.

Der Polizei-Fuhrpark umfasst rund 4000 Fahrzeuge. Der Anteil der E-Wagen mit 90 Exemplaren ist also noch gering. Die Elektrifizierung des Fuhrparks werde „in Abhängigkeit der Ladeinfrastruktur sukzessive fortgeführt“, heißt es. Bis Jahresende sollen demnach der Polizei rund 170 Ladepunkte durch den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen zur Verfügung stehen. Ein vollständiger Umstieg auf E-Mobilität sei aber aus technischen und polizeitaktischen Gründen noch nicht möglich. lhc.

Tropica grün erleben 30 TAGE

ADVENT, ADVENT

ADVENTSAUSSTELLUNG | 17.-26.11.22 | 9-19 UHR

Erlebe Tropicas individuelle Adventsfloristik

20.11. | 11-17 UHR | VERKAUFSOFFENER FAMILIEN-SONNTAG

Kinder von 3 bis 10 schmücken mit Andy Christbäumchen

Tropica Raritätengärtnerei GmbH
Gutenbergstr./Am Holzweg 17-21
65830 Kriftel - Gewerbezentrum | Tel.: (06192) 99 79-0
ÖFFNUNGSZEITEN: Mo-Sa 9-19 Uhr
f /tropica.kriftel | i /tropicakriftel/
www.tropica-kriftel.de

Corona Test- und Impfstation
Dr. Schamim Eckert, Glocken-Apotheke

Ohne Terminabsprache

Nächste Impftermine für Alle ab 5 Jahren
Jeden ersten Samstag im Monat 15.00-17.00 Uhr

Corona-Teststation
07.00-18.00 Uhr Mo.-Fr.
09.00-15.00 Uhr Sa.+So.

PCR-Tests
Kostenpflichtig 69,- €
Ergebnis innerhalb 24 Stunden
Kostenlos für im Schnelltest positiv getestete Personen.

ab 7.00 Uhr PCR 24h

Horner Straße 37 | 65779 Kelkheim
50 m vom Rathaus-Parkplatz
www.testen-impfen-kelkheim.de